Dezember 2019 – „Kirche In“ (Kolumne „Unzensiert“)

Verantwortung übernehmen

Mit seiner Aussage, die Zahlung von Entschädigungsleistungen für Missbrauchsopfer aus Kirchensteuermitteln sei alternativlos, hat Bischof Stephan Ackermann, der Missbrauchsbeauftragte der Deutschen Bischofskonferenz, eine neue Lawine des Unmuts im Kirchenvolk losgetreten. Die Kirchenmitglieder seien als Solidargemeinschaft in der Pflicht, so Ackermann in einem Interview. Ähnlich müssten die Steuerzahler auch für die Kosten der gescheiterten PKW-Maut in Deutschland aufkommen.

Für seinen Vergleich mit der PKW-Maut hat sich Bischof Ackermann entschuldigt, aber das reicht nicht aus. Sein ganzer Denkansatz ist falsch. Wenn klerikale Täter selbst nicht mehr zur Verantwortung gezogen werden können, so kann es nicht Aufgabe der Kirchenmitglieder sein, über die allgemeinen Kirchensteuergelder für das Versagen der Kirchenleitungen einzustehen. Denn deren jahrzehntelange Vertuschung hat wesentlich dazu beigetragen, dass die sexualisierte Gewalt innerhalb der römisch-katholischen Kirche dieses Ausmaß angenommen hat.

Der Vorschlag von Bischof Ackermann wirft zunächst einmal die Frage nach der Verantwortung auf. Eigentlich hätten scharenweise Bischöfe zurücktreten müssen, in Deutschland ist dies aber bislang nicht geschehen. Und bei seinem Vergleich mit der PKW-Maut hat er übersehen, dass Politiker*innen über eine Partei gewählt werden, aber auch wieder abgewählt werden können. Das ist in der römisch-katholischen Kirche zumindest bislang unmöglich.

In einem Workshop der Deutschen Bischofskonferenz Ende Mai 2019 entwickelten Expert*innen und Vertreter*innen der Betroffenen Entschädigungslösungen, die die bisher gewährten Pauschalbeträge von 5.000 Euro „zur Anerkennung des Leids“ weit übersteigen. Um dies zu finanzieren, werden die Privatvermögen evtl. noch lebender Täter, aber auch die der Bischöfe und hohen Kleriker nicht ausreichen. Deshalb stellt sich die grundsätzliche Frage nach Transparenz und Verfügungsgewalt aller kirchlichen Vermögen. Auch mehr als fünf Jahre nach dem Limburger Finanzskandal lässt die von den Bischöfen zugesagte Transparenz noch sehr zu wünschen übrig. Von den Kontrollmöglichkeiten des Kirchenvolkes ganz zu schweigen.

Der aktuelle Vorschlag Ackermanns ist auch insofern unbedacht, weil er die Kirchenaustrittszahlen noch weiter und zu Recht in die Höhe treiben würde. Und er ist, gerade kurz vor dem für den 1. Dezember geplanten Beginn des Synodalen Weges, ein immenser Vertrauensschaden für die Zusammenarbeit zwischen Bischöfen und Kirchenmitgliedern. Der Bamberger Erzbischof Ludwig Schick hat sich mittlerweile vom Vorschlag Ackermanns distanziert.

Christian Weisner
Wir sind Kirche Deutschland
www.wir-sind-kirche.de

Zuletzt geändert am 17.11.2019